

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 21 (2014)
Heft: 239

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sebastian Stadler
Beute Nr. 4



BLICKWINKEL



Zum Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) in Syrien und im Irak: der St.Galler Kurde Cenk Bulut über die Bedeutung der autonomen Region Rovaja und die Schweizer Angst vor dem Islam.

Kobanê ist Teil des autonomen kurdischen Gebiets Rojava an der syrisch-türkischen Grenze. Die IS-Angriffe haben seit Mitte September eine Massenflucht der dortigen, mehrheitlich kurdischen Bevölkerung ausgelöst. Was weisst du über die momentane Situation?

Die Stadt ist fast leer. Viele sind in den umliegenden Flüchtlingscamps, einige sind bei Verwandten untergekommen. Nach allem, was wir hören, hat es im Nahen Osten selbst unter Saddam Hussein keine vergleichbaren Taten gegeben wie die des IS. Derzeit sieht es so aus, als ziehe der IS Truppen in Aleppo und Raqqa ab, um sie nach Kobanê zu verschieben. Einerseits befürchten wir einen weiteren Genozid, andererseits hat das Gebiet für uns Kurden auch eine politische Funktion.

Rojava hat für viele Kurden Modellcharakter. Was bedeutet dir dieses Gebiet?

Viel, denn es orientiert sich wie die Schweiz an basisdemokratischen Strukturen. Zwischen Efrîn, Kobanê und Cizîre leben derzeit über drei Millionen Menschen verschiedenster Kulturen und Religionen. Ziel ist es, die alten Clanstrukturen aufzubrechen und durch emanzipatorische, gleichberechtigte Instrumente zu ersetzen, wie von Abdullah Öcalan propagiert. Er nennt das den «demokratischen Konföderalismus», eine Art eigener Kanton, in dem die kurdische Lebensweise gelebt werden kann.

Seit Januar 2014 existiert in Rojava eine demokratisch-autonome Selbstverwaltung. Was heisst das konkret?

Die politischen Strukturen sind zwar noch im Aufbau, aber es existieren mittlerweile regionale Verwaltungen, Kommissionen und eine Art Parlament mit Exekutivfunktion, in dem alle ethnischen und religiösen Minderheiten vertreten sind, selbst wenn sie zahlenmäßig noch so klein sind. Auch Gleichberechtigung ist ein grosses Thema: In Rojava gibt es eine Vierzig-Prozent-Frauenquote. Nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in den oberen Führungsetagen von Politik und Militär.

Wie real schätzt du die Gefahr eines «echten» Islamistischen Staats ein? Offenbar hat auch der IS ein behördliches System aufgebaut in den besetzten Gebieten.

Das ist so. In Syrien werden die IS-Kämpfer mittlerweile besser bezahlt als Assads Männer, allein schon deswegen laufen viele über. Die Beamten der IS-Verwaltung verdienen umgerechnet etwa 400 Dollar im Monat, heisst es. Verschiedene Berichterstatter sagen, der IS sei eine Art «transnationaler Staat», da etwa ein Viertel der IS-Kämpfer aus dem Ausland kommt. Um ihm aber langfristig etwas entgegenzusetzen, sind die Ressourcen auf kurdischer Seite alleine zu klein.

In Europa fürchtet man sich vor IS-Rückkehrern, vor «orientalisch wirkenden Männern mit Bärten».

Ich möchte die Gefahren nicht herunterspielen, die radikalislamische Szene in Europa ist gefährlich und muss gestoppt werden. Dies darf aber nicht auf dem Rücken der friedlichen und moderaten Muslime, die immerhin die grosse Mehrheit stellen, geschehen. Es muss aber in Zukunft klarer differenziert werden. Die Vorurteile sind heute schon greifbar: Selbst wenn ich jemanden kennenlerne, werde ich oft als erstes nach meinem Glauben gefragt. «Ah, du bist Moslem, soso...», heisst es dann misstrauisch, obwohl ich eigentlich aus einem nicht-muslimischen, aus einem alevitischen Elternhaus komme.

Wehrst du dich dagegen?

Ich engagiere mich seit Jahren politisch und versuche, wo ich kann, die Leute aufzuklären. Früher habe ich manchmal Leserbriefe geschrieben, beispielweise zur Kopftuchdebatte, und daraufhin Droh- und Hassbriefe zugeschickt bekommen – von Menschen, die mich aufforderten, wieder dorthin zu gehen, wo ich hergekommen bin, wenn es mir hier nicht passe.

Du bist in Solothurn geboren und im Alter von vierzehn Jahren mit deinen Eltern nach St.Gallen gezogen. Das Klima scheint sich verschärft zu haben.

Die Anti-Islam-Kampagnen laufen ja schon seit Jahren, aber seit der Minarett-Initiative hat der Hass nochmal massiv zugenommen. Es ist zum Heulen, was ich teilweise in den Online-Kommentaren der grossen Zeitungen lese – vor allem, dass solche menschenverachtenden Aussagen gegenüber Muslimen mittlerweile als völlig normal empfunden werden. Spreche ich mit den Leuten, stelle ich leider immer wieder fest, dass viele gar keine Ahnung haben vom Islam und seinen verschiedenen Facetten. Trotzdem wissen sie «ganz genau Bescheid». Deshalb setze ich mich dafür ein, dass endlich differenziert wird zwischen normalen Muslimen und den Islamisten. Andererseits vermisste ich auch die tolerante Grundhaltung, die man anderen gegenüber haben sollte: Ich frage ja auch nicht einfach wildfremde Europäer auf der Strasse, ob sie vielleicht irgendeinem radikalen Katholiken-Zirkel angehören. Mich hingegen fragen die Leute – rein aufgrund meines Aussehens – ständig, was ich vom Islamischen Zentralrat (IZRS) oder dem IS halte.

Ein Grossteil der Opfer und Flüchtlinge in Syrien und im Irak ist selber muslimisch.

Ja, die Leidtragenden sind neben den Minderheiten die Muslime selbst, wie die sunnitischen Kurden beispielsweise, die kürzlich aus Rojava geflohen sind. Aber das vergisst man oft in Europa: IS-Führer Al-Baghdadi ist alles andere als ein Heiliger – ihm geht es nur um Geld und Macht. Es ist lächerlich zu denken, der IS habe irgendwas mit dem Islam zu tun.

Cenk Bulut, 25, wohnt in St.Gallen und ist Mitglied des demokratisch-kurdischen Gesellschaftszentrums in St.Gallen. Er studiert Geschichte und Philosophie in Zürich. Seine Eltern stammen ursprünglich aus Erzincan im Osten der Türkei (Nord-Kurdistan).

Text: Corinne Riedener

Bild: Tine Edel

Kurdische Filmtage im Kinok St.Gallen:

Hêvî (Hoffnung), in Anwesenheit des Regisseurs Yüksel Yavuz: Sonntag, 9. November, 12.30 Uhr

Mavi ring (Der blaue Transporter), in Anwesenheit des Regisseurs Ömer Leventoğlu: Sonntag, 16. November, 12.30 Uhr



Kunstraum Kreuzlingen

Thurgauische Kunstgesellschaft

ZRH/KRZ

Projekt mit BA Medien & Kunst (DKM) der ZHdK

8. November – 18. Januar 2015

Eröffnung: Freitag, 7. November, 19.30 Uhr

Vernissage: Freitag, 5. Dezember, 19.30 Uhr

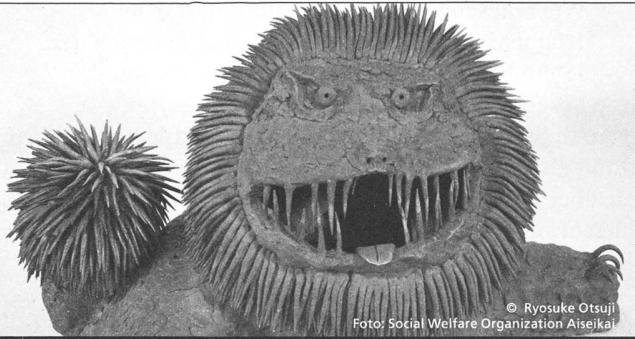
Gespräch: Sonntag, 11. Januar, 11.00 Uhr

Konzert: Sonntag, 18. Januar, 16.00 Uhr

Tieflerde im Kunstraum Muda Mathis und Sus Zwick

**Olga und Olga und die koreanische Grossmutter,
die verschlungenen Wege nach Sachalin
2-Kanal-Videoinstallation**

Weitere Veranstaltungen: www.kunstraum-kreuzlingen.ch
Kunstraum Kreuzlingen, Bodanstrasse 7a
Fr 15–20 Uhr, Sa und So 13–17 Uhr



© Ryosuke Otsuji
Foto: Social Welfare Organization Aiseikai

**museum im lagerhaus,
stiftung für schweizerische naive kunst
und art brut.**

Bis 9. November 2014

Art Brut – Japan – Schweiz

Sonntag, 9. November 2014, 14.00 Uhr

Finissage mit szenischer Führung

Infolge Ausstellungsumbau bleibt das Museum
vom 10.11.2014 bis 1.12.2014 geschlossen

Montag, 1. Dezember 2014, 18.30 Uhr

Vernissage

Auf der Seeseite der Kunst – 175 Jahre Psychiatrische Klinik Münsterlingen

Di bis Fr 14.00 – 18.00 Uhr | Sa und So 12.00 – 17.00 Uhr

Davidstrasse 44 | CH-9000 St.Gallen

T +41 (0)71 223 58 57 | www.museumimlagerhaus.ch

www.facebook.com/MuseumImLagerhaus



Damaris Diethelm,
Masterabsolventin Soziale Arbeit

Neue Perspektiven eröffnen – Masterstudium in Sozialer Arbeit

Besuchen Sie den nächsten Informationsanlass am:

Donnerstag, 27. November 2014, 18.15 Uhr an der
FHS St.Gallen, Rosenbergstrasse 59, 9000 St.Gallen

www.fhsg.ch/masterinsozialerarbeit

 **FHS St.Gallen**
Hochschule
für Angewandte Wissenschaften

MASTER
IN
SOZIALE
ARBEIT
BEIN LUZERN
ST.GALLEN / ZÜRICH

www.fhsg.ch
FHO Fachhochschule Ostschweiz

HONGLER

Weihnachtsausstellung bei Hongler Kerzen

Nov & Dez:

Jeweils am Mittwoch um 14 Uhr sowie
am Samstag von 9 – 13 Uhr startet
ständlich eine öffentliche Führung durch
unsere Kerzenwerkstatt. Im Zelt auf
unserer Warenrampe finden Sie
durchgehend eine grosse Auswahl
an günstigen Kerzen im Kiloverkauf.

**Ein stimmungsvoller Ausflug für
die ganze Familie!**

Kerzenfabrik Hongler
Bahnhofstrasse 25a | 9450 Altstätten
Infos unter www.hongler.ch

Einspruch vom Amt gegen Ausschaffungen
Sehr geehrter Herr Regierungsrat Fässler

Das Amt gegen Ausschaffungen hat in den letzten Wochen mehrfach auf die prekären Zustände im Ausschaffungsgefängnis Bazenheid hingewiesen. Dies aufgrund der persönlichen Situation unseres achtzehnjährigen Freundes J., einem afghanischen Flüchtling, der dort ca. fünfzig Tage als Gefangener eingesperrt war. Anfang Oktober wurde er zum zweiten Mal nach Italien abgeschoben, obwohl die Umsetzung der Asylverfahren in Italien, gelinde gesagt, als problematisch gilt.

J. wurde ein Beistand zur Rechtshilfe vermittelt und seine Geschichte detailliert rekonstruiert. Zu seiner Unterstützung wurden diverse Aktionen durchgeführt, unter anderem das «Grillen gegen Ausschaffung» und eine Demonstration in Bazenheid, an der rund vierzig Personen teilnahmen.

Es ist rechtsstaatlich und moralisch heikel, was in Bazenheid passiert. Als Regierungsrat und Jurist sollten Sie sich zudem fragen, ob im betreffenden Fall von Verhältnismässigkeit in der Umsetzung der Ausschaffungshaft gesprochen werden kann. Ein Flüchtling wird – ohne korrekten Abschluss seines Asylverfahrens – über fünfzig Tage lang eingesperrt, und das zu Bedingungen, die an Isolationshaft erinnern. Zum Beispiel scheint die Besuchszeit willkürlich gesetzt und ist im Fall des Gefängnisses in Bazenheid auf eine Stunde pro Woche beschränkt.

Ein weiteres Beispiel ist die bedenkliche Rolle der zuständigen Behörden, allen voran die der Vollzugsbeamten vor Ort. Diese begegneten den Aktivist_innen an der Demonstration vom 27. September mit einem Missbrauch ihrer Zuständigkeiten, den wir so nicht akzeptieren können. Der Gefangene J. wurde vor der Demonstration ohne Begründung umquartiert. Den Demonstrant_innen wurde aber weisgemacht, J. befände sich in der Zelle und ein «spontaner» Besuch sei aus organisatorischen Gründen nicht möglich.

Wir haben keine Lust, uns von Vollzugsbeamten belügen zu lassen. Wer sich für moralische Werte einsetzt, eine bewilligte Demonstration mit friedlichen Mitteln durchführt (und notabene dafür bezahlt) und damit ein Grundrecht in der Schweiz wahrnimmt, sollte nicht für dumm verkauft werden.

Im Zuge der Rekonstruktion der Ereignisse wurden von Seiten der Behörden mehrmals Angaben zu Unterbringung und Vollzug im Ausschaffungsgefängnis verweigert oder unterschiedlich ausgelegt. Es fehlt also klar an Transparenz, was die Haftbedingungen betrifft.

Wir fordern deshalb:

- dass die Unterbringung von Flüchtlingen, insbesondere jene mit Schengen-Dublin Entscheid, von den Zuständigen auf ihre Verhältnismässigkeit überprüft wird.
- Regelmässige Auskünfte und Transparenz über die Bedingungen in den Ausschaffungsgefängnissen des Kantons St.Gallen.
- eine Überprüfung der Zustände in den kantonalen Ausschaffungsgefängnissen durch eine unabhängige Instanz.
- Disziplinarische Massnahmen für Vollzugsbeamte, die willkürlich handeln.

Wir hoffen auf eine wohlwollende Prüfung und rasche Umsetzung unserer Forderungen. Für ein Gespräch stehen wir jederzeit bereit.

Diesen Offenen Brief publizierte das Amt gegen Ausschaffungen Ende Oktober.
amt-gegen-ausschaffungen-sg.tumblr.com

Freihandel
Kultur als Ware?

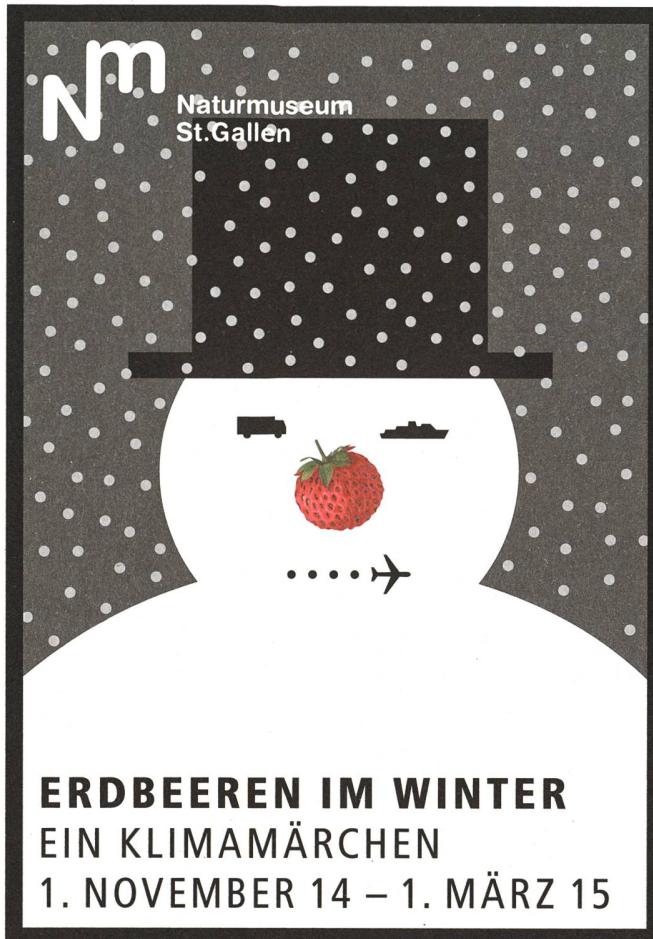
TTIP – hinter diesem ominösen Kürzel verbirgt sich ein Abkommen, das Subventionen, Stipendien, Unterstützung der Kultur durch die öffentliche Hand ebenso in Frage stellt wie das Urheberrecht, den festen Ladenpreis für Bücher etc. Und niemand merkt – zumindest hierzulande.

Sollte die Kultur Aufnahme in das geplante Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen der EU und den USA finden, stünden sich zwei unvereinbare Kulturkonzepte gegenüber. Noch ist aber nicht klar, ob die Kultur Teil des Abkommens wird, wie das meiste der schon Monate andauernden Verhandlungen bisher im Dunklen bleibt. Statt Transparenz: Geheimdiplomatie wie zu Metternichs Zeiten.

Es geht, grob gesagt, um den Abbau von Zöllen und anderen Investitions- und Handelshemmnissen. Im Gespräch ist auch eine Klausel über den Schutz von Investitionen, durch die Konzerne mittels spezieller Schiedsstellen die jeweils nationale Gesetzgebung aushebeln könnten. Ein Präzedenzfall ist der schwedische Energiekonzern Vattenfall, der Deutschland wegen Gewinnschmälerung durch den Atomausstieg verklagt hat. EU-Handelskommissar De Gucht möchte die Verhandlungen irgendwann im Jahr 2015 abschliessen, ohne sie durch die nationalen Parlamente ratifizieren zu lassen.

Die deutsche Kulturstatsministerin Monika Grütters argumentiert, da die Kultur nur zwei Prozent des Handelsvolumens zwischen der EU und den USA ausmache, könne man sie ohne weiteres aus den Verhandlungen herauslösen. Aber zum einen ist der genannte Prozentsatz fragwürdig, der Anteil der Kultur am Bruttoinlandprodukt zumindest dürfte weit höher liegen. Außerdem hat sie die Rechnung wohl ohne die Amerikaner gemacht, die ihren Prozentanteil durch gänzlich ungehinderten Zugang ihrer Filme, ihrer Musicals, ihrer Musik zum europäischen Markt zu Lasten der Europäer weiter erhöhen möchten.

Welche Bereiche der Kultur wären von dem Abkommen betroffen? Beinahe alle. In Europa ist die Kultur weitgehend eine Staatsaufgabe wie die Bildung. In den USA ist Kultur Privatsa-



che, also Geschäft. Subventionierte Theater, die Deutschland flächendeckend mit ihrem Angebot versorgen, denn der Broadway wird nicht subventioniert, wären ebenso tangiert wie staatliche Kunstmöderung in Form von Preisen und Stipendien, während die USA nur privates Mäzenatentum kennen. Aber auch die Subventionen für Kultureinrichtungen wie Literaturhäuser könnten noch weiter unter Druck kommen. Staatliche Filmförderung könnte dem Abkommen zum Opfer fallen. Die Hollywood-Oligopole würden zudem die kleinräumigen, weil durch die jeweiligen Sprachräume begrenzten Lizenzgebiete in Europa überrennen und das System der transnationalen, oft zudem von staatlichen Fernsehsendern mitgetragenen Koproduktionen zerstören.

Die Filmwirtschaft befürchtet überdies auch Vertriebsoligopole durch Google, Apple, Amazon und Konsorten und einen parallelen Prozess: Demnach soll es Bestrebungen bei der Uno geben, ihre zentrale Warenklassifikation neu zu regeln. Audiovisuelle Medien gehörten dann nicht mehr in den Bereich Kultur, sondern würden dem Bereich Telekommunikation zugeschlagen. Und der gehört natürlich zum Verhandlungspaket und ist nicht, wie in Frankreich durch die «exception culturelle», geschützt.

Der Börsenverein des deutschen Buchhandels und der Verband deutscher Schriftsteller sehen für den Buchbereich «keine einzige Chance, nur Risiken». Und das mit gutem Grund. Die dort noch existierende Buchpreisbindung stünde ebenso auf dem Spiel wie der reduzierte Mehrwertsteuersatz für Bücher. Noch mehr Buchhandelsketten entstünden anstelle von Sortimentsbuchhandlungen. Wie im visuellen und im Musikbereich würden wir von noch mehr Mainstream anstelle von Qualität zugezerrt und zugeschüttet. Vor allem aber käme das historisch gewachsene Urheberrecht kontinentaleuropäischer Prägung, das den Urheber von Werken der Imagination, den es als Individuum (oder ausnahmsweise als Gruppe) benennt, schützt, gegenüber dem anglo-amerikanischen Copyright in Bedrängnis, das vor allem die Verwerter, die Geldmacher, die Konzerne bevorteilt.

Frankreich hat sich schon früh auf die «exception culturelle» festgelegt. Natürlich will Frankreich seine Filmindustrie, die Quoten für französischsprachiges Liedgut und die Buch-

preisbindung schützen. Aber das hat darüberhinaus historische Gründe. Der Theaterautor Pierre Augustin de Beaumarchais und seine Kollegen gründeten im Sommer 1777 die erste Urhebergesellschaft der Welt. 1791 und 1793 erliess die Nationalversammlung die ersten Gesetze zum Schutz literarischer und künstlerischer Werke. Und die 1838 von Balzac, Dumas, Victor Hugo, George Sand und anderen gegründete Société des Gens de Lettres ist der älteste Schriftstellerverband der Welt.

In der Schweiz scheint die Problematik noch nicht wirklich angekommen zu sein. Zwar gab es im Mai eine Interpellation der Grünen im Nationalrat, zwar ist eine interdepartementale Arbeitsgruppe unter Federführung des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) gebildet worden, die «sondieren» und sich mit den übrigen EFTA-Staaten verständigen will. Aber weder der Bundesrat hat sich bislang mit dem Dossier beschäftigt noch haben sich die Dachverbände der Schweizer Kultur zu den möglichen kulturellen Aspekten des Abkommens geäussert: weder Suisseculture, der Zusammenschluss der Schweizer Urheberverbände noch die Schweizer Koalition für die kulturelle Vielfalt oder die fünf Schweizer Urheberrechtsgesellschaften, die einen ständigen Koordinationsausschuss unterhalten. Es sieht wieder einmal so aus, als habe man hierzulande das Gefühl, man sei zumindest vorderhand nicht von dem betroffen, was da in Brüssel und Washington ausgehandelt wird. Allein durch die bilateralen Verträge mit der EU dürfte das Gegen teil der Fall sein und zwar in allen Bereichen, in denen die Schweiz gezwungen ist, EU-Recht nachzuvollziehen. Das beträfe nicht nur die Kultur, sondern vor allem auch Zölle und Handels erleichterungen, Umweltschutz, Arbeitsrecht und einiges mehr.

Fazit: Die Amerikaner glauben, so heisst es bei den Betroffenen, dass der Markt alles richtet – die Kultur könnte von ihm aber auch hingerichtet werden. Jochen Kelter

Jochen Kelter war Präsident der Schweizer Urheberrechts gesellschaft ProLitteris und zuvor Präsident von Suisse culture. Vor kurzem erschien sein Gedichtband *Hier nicht wo alles herrscht* bei Weiss books/Frankfurt a.M.

POSITIONEN

Kuhhandel Knowhow überflüssig?

Das Theater St.Gallen braucht einen neuen Schauspielchef. Tim Kramer verlässt das Haus am Ende der Spielzeit 2015/16, nach dannzumal neun Jahren. Ein «natürlicher Abgang», heisst es beim Theater, und in der Tat sind neun Jahre eine gute Zeitspanne, einem Ort künstlerisch sein Profil zu geben – was Kramer auch getan hat.

Jetzt ist die Stelle neu ausgeschrieben, mit Bewerbungsfrist bis am 31. Oktober 2014: «Gesucht wird eine kommunikative Persönlichkeit mit Regieerfahrung und herausragender fachlicher und persönlicher Befähigung für die künstlerische Leitung des Sprechtheaters sowie für die Mitwirkung in der Gesamtleitung des Theaters. Erwartet werden anerkannte Regieleistungen, Erfahrungen in der Führung eines Schauspielensembles sowie die Überzeugung, dass nebst der Pflege der Klassik auch Neues, Unbekanntes in ungewohnter Form entsprechenden Raum benötigt.»

Für die Suche ist wie üblich eine Findungskommission eingesetzt worden. Sie besteht aus folgenden Verwaltungsräten der Genossenschaft Theater St.Gallen: Erich Walser, CEO Helvetia Versicherung (Vorsitz), Andreas Haerter, Germanist und Titularprofessor an der HSG, Martin Klöti, Regierungsrat, Matthias Städeli, Jurist sowie Werner Signer, Theaterdirektor. Eine geballte Ladung politisches, juristisches, ökonomisches, literaturgeschichtliches und männliches Knowhow – ob das reicht? Ob keine Frau zu finden war? Wo die Kenntnisse der Theaterpraktiker bleiben? Wie eine solche Wahl ohne jede Aussenperspektive gelingen soll? Wer überhaupt Lust hat, sich diesem Gremium von (zumindest zu drei Fünfteln) theaterfreudigen Laien zu stellen?

Vorderhand kratzt man sich verwundert am Kopf ob soviel st.gallischen Selbstbewusstsein. Und tröstet sich allenfalls damit: Bei Tim Kramer ist es damals, unter ähnlichen Findungsvoraussetzungen, nicht schlecht herausgekommen. Peter Surber

Mehr zum Theater:
Seiten 49 bis 52.